

Indiens Außenpolitik am Scheideweg

von Thomas Stukenberg

Die Außenpolitik der Regierung Narasimha Rao und Indiens Beziehungen zum "Rest der Welt" sind durch eine Reihe von Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet und werfen Fragen nach der zukünftigen Entwicklung auf. Die "große", d.h. über Südasien hinausblickende Außenpolitik wird in den meisten einschlägigen indischen Zeitschriften eher stiefmütterlich behandelt, was angesichts der großen inner-indischen und regionalen Konfliktherde allerdings wenig verwundert. Die Gefahr einer "passiven" Außenpolitik liegt für die "größte Demokratie der Welt" aber nach Ansicht von Diplomaten wie Natwar Singh, Außenminister in der Regierung Rajiv Gandhi, darin, zu einem von anderen Mächten abhängigen "Klientenstaat" zu werden. "Das indische Volk wird dies nicht zulassen. Indien hat in den letzten 40 Jahren entscheidende Beiträge zum Frieden in der Welt geleistet. Wir sind ein großes Land von strategischer Bedeutung, und es ist eine Tragödie, daß uns in der Weltpolitik so wenig Beachtung geschenkt wird." Im folgenden Beitrag wird exemplarisch das Verhältnis zweier Regionen aufgegriffen, deren weltpolitische Rolle nach Ansicht des Friedens- und Konfliktforschers Johan Galtung in Zukunft noch zunehmen wird, nämlich Indien und die Europäische Union.

Im November 1992 erschien in der Zeitschrift 'Futures' ein Beitrag des norwegischen Friedens- und Konfliktforschers Johan Galtung mit dem Titel "On the Way to Superpower Status - India and the EC compared". Galtung begründet, daß sowohl die EG als auch Indien schon heute eine Reihe von Voraussetzungen erfüllen, die sie für die zukünftige Rolle von Supermächten prädestinieren - insbesondere in einem seit dem Zerfall der Sowjetunion und Ende der Ost-West-Konfrontation entstandenen partiellen Machtvakuum. Nur kurz angedeutet wird ein apokalyptisches Szenario als Folge der Konfrontation zwischen den Supermächten und "ihren" sich auflehrenden Peripherien aufgezeigt, und Galtung schließt mit der Frage "Warum lernen wir nicht aus unseren Fehlern?" Ein solches militärisches Schreckensszenario ist sicherlich genauso wenig zwangsläufig wie das Potential von EG und Indien zur Supermacht.

Veränderte Rahmenbedingungen

Indiens Stärke und Selbstbewußtsein sind gerade durch den Wegfall des bisher stärksten Verbündeten Sowjetunion angegriffen, und das Ende des "kalten Krieges" hat zu einigen sichtlichen Irritationen in der indischen Außenpolitik geführt. Die tiefgreifenden wirtschaftlichen Reformen der letzten Jahre haben nicht nur zu einer Verschärfung der sozialen Spannungen geführt, sondern Indien auch veranlaßt, sich dem Westen anzunähern. Seit die USA nach dem sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan nicht mehr Pakistan unterstützen, bieten sie sich Indien als potentieller Bündnispartner gegen das Feindbild "pakistanisch-islamischer Fundamentalismus" an.

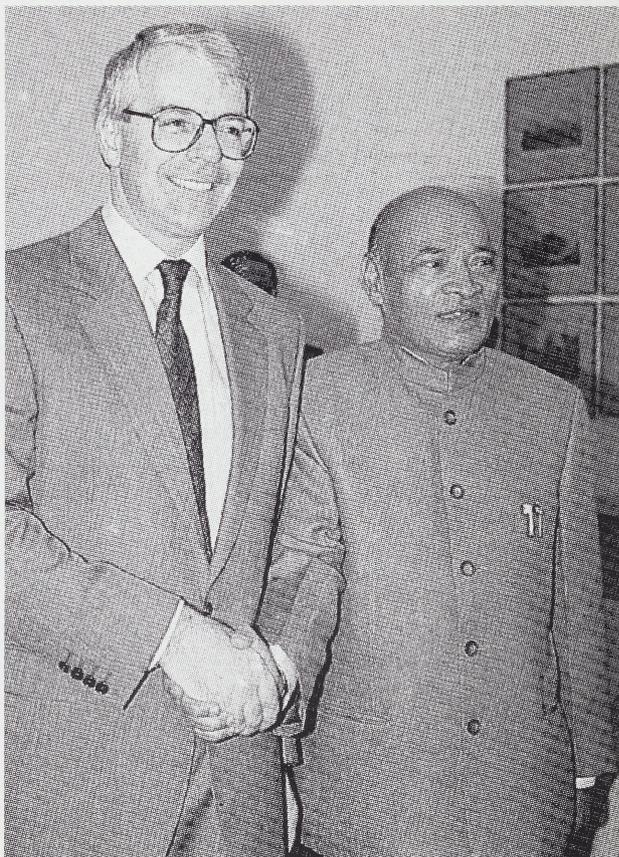
In der Öffentlichkeit und bei vielen indischen Politikern stößt die neue Westorientierung aber auf Kritik. So wurde eine Verletzung der indischen Neutralität konstatiert, als 1991 amerikanische Militärflugzeuge im Golfkriegs-Einsatz in Bombay auftankten. In neue Widersprüche verstrickte sich die Regierung Rao, als sie die Reformen in der Sowjetunion kritisierte und dem russischen Präsidenten Jelzin bei dem Putschversuch gegen ihn die moralische Unterstützung versagte, womit sie sich nach Ansicht politischer Beobachter weiter international isolierte. Problematisch für die Beziehungen Indiens zum Westen und insbesondere zu den USA ist auch die indische Weigerung, den Vertrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen zu unterzeichnen, womit sich Indien offenbar "psychologisch" einen Supermachtstatus sichern will. Doch zur Zeit kann Indien in den Beziehungen zu den USA, zu China, dem es sich gleichwertig fühlt, oder zu Europa allenfalls die Rolle eines Juniorpartners erwarten.

Europa und Indien - ungleiche "Partner"

Etwa zur gleichen Zeit wie Galtungs Analyse legte die EG-Kommission im März 1993 dem Rat der europäischen Außenminister den Vorschlag für ein "Kooperationsab-

kommen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Indien über Partnerschaft und Entwicklung" vor, das nach Stellungnahme des Europäischen Parlamentes kurz vor Weihnachten in Brüssel unterzeichnet wurde.

Es überrascht nicht, daß die EG Indien in dem Papier kaum als "Supermacht" anspricht, sondern eher "Geber-Nehmer"- bzw. Klientelbeziehungen deutlich werden: "Die Gemeinschaft erkennt an, daß Indien Entwicklungshilfe benötigt,



In der Öffentlichkeit und bei vielen indischen Politikern stößt die neue Westorientierung auf Kritik (Foto: 'Frontline')

und ist bereit, ihre Zusammenarbeit zu verstärken...", heißt es in dem Abkommen in Artikel 16 über "Entwicklungspolitische Zusammenarbeit". Indien ist der größte Empfänger von EG-Entwicklungshilfe, seit 1976 sind etwa drei Milliarden DM an Zuschüssen gewährt worden. Von Indien erwartet man für die Zusicherung weiterer Zahlungen die "Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze" (in Artikel 1 formell für beide Partner Grundlage der Zusammenarbeit, weiterhin aber nicht mehr der Erwähnung für wert befunden), sowie eine Weiterführung der Wirtschaftsreformen und die "Schaffung angemessener Rahmenbedingungen für Investitionen" (Artikel 1).

Daß die "Menschenrechte" in dem Vertragsentwurf nicht näher präzisiert sind, ist kein Zufall. Beim näheren Hinsehen könnte sich die gegenseitige Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte nämlich auch für die EU als problematisch erweisen. Es sei nur erinnert an die vor allem im Zuge der Weltmenschenrechtskonferenz in Wien im Juni 1993 belebte Diskussion um "Menschenrechte zweiter und dritter Generation". Hierunter werden wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, insbesondere das Recht auf Arbeit und das Recht, sich selbstbestimmt zu ernähren, verstanden, sowie das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Besonders das Recht auf Arbeit und das Recht, sich selbstbestimmt zu ernähren, stehen aber prinzipiell im Konflikt mit der vertragli-

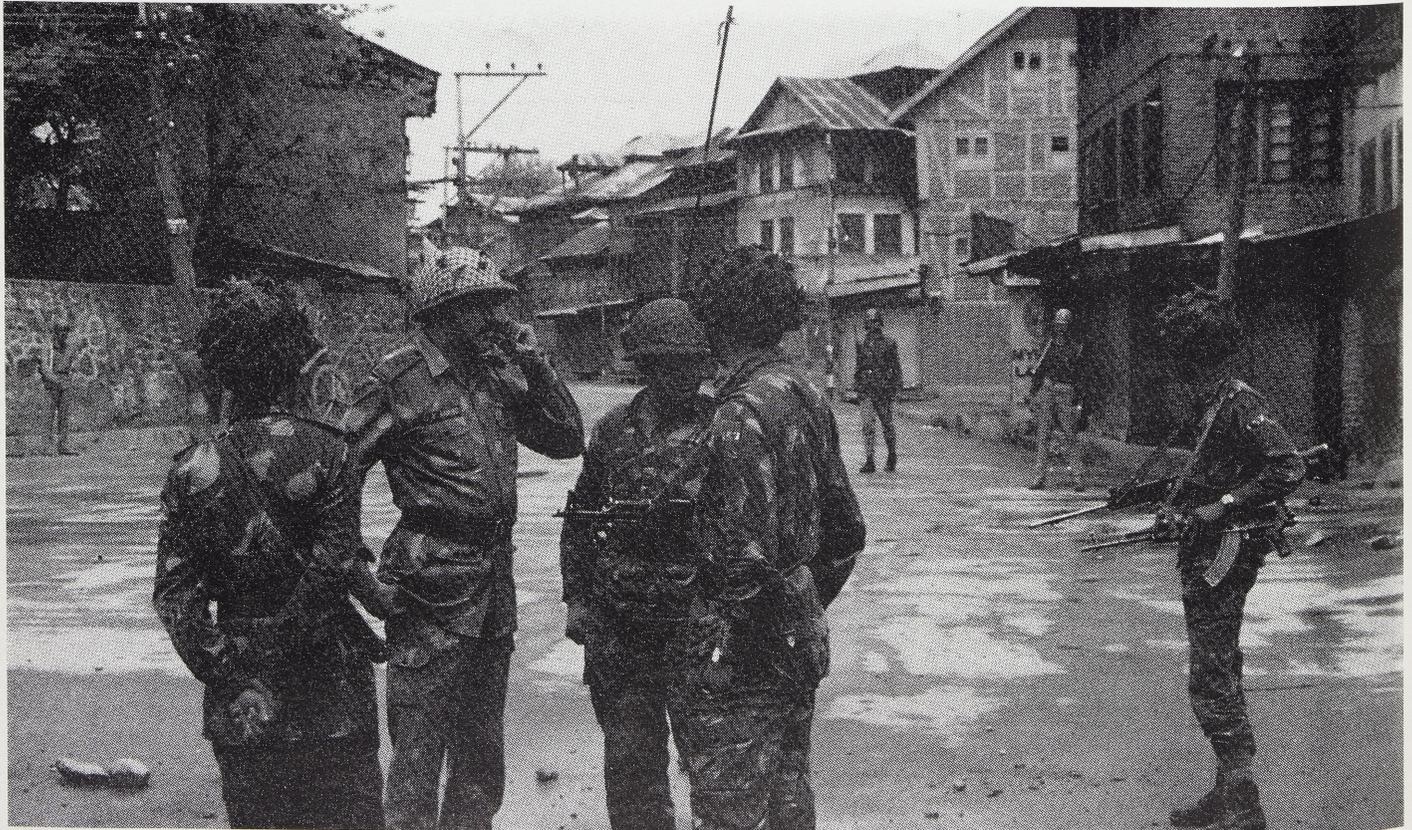
chen Forderung an Indien, "angemessene Rahmenbedingungen für (EU-) Investitionen" zu schaffen. Die Vergangenheit hat allzuoft gezeigt, daß Investoren den Schutz von Arbeitnehmerrechten, die Verpflichtung zum Einsatz arbeitsintensiver Technologien oder den Schutz nationaler genetischer Ressourcen vor der Ausbeutung durch multinationale Konzerne für nicht angemessen halten (siehe auch 'Südasiens' 3 und 6/93)

Wie sich das Kooperationsabkommen tatsächlich auf die soziale und insbesondere Beschäftigungslage in Indien auswirken wird, läßt sich natürlich noch nicht absehen und muß sektorspezifisch oder in Einzelfällen geprüft werden. Eben diese genaue Prüfung der Auswirkungen des Abkommens auf die Schwächsten in Indien hat sich das in Utrecht arbeitende 'India Committee of the Netherlands' (ICN) zur Aufgabe gemacht. Daß sich Indien nach dem Verlust der Sowjetunion als stärkstem politischen Verbündeten westeuropäischen Menschenrechtsvorstellungen, die eben nicht Galtungs Konzept der "strukturellen Gewalt" berücksichtigen, annähern muß, steht für das ICN kaum infrage. Weltstrategisch sitzt die EG zweifellos "am längeren Hebel".

Europäischer Paternalismus

Um ihnen Entscheidungshilfen für ihre Stellungnahme zum Kooperationsabkommen in die Hand zu geben, wurden den EG-Parlamentariern im Mai 1993

"Hintergrundinformationen zur Wirtschaftslage in Indien und seinen Beziehungen zur EG" vorgelegt. Es fällt auf, daß auch in diesem durchaus sachkundigen Papier Indien eher als problembedingender Klient von Hilfsleistungen denn als Aspirant für eine "Supermacht"-Stellung oder auch nur als ernstzunehmender Partner behandelt wird. Die EG lobt ihre "Wirtschaftskooperation" mit Indien als "dynamischstes Element" der Entwicklungskooperation, "das bewirkt hat, daß die indische Wirtschaftspolitik sich ... zu einer extrovertierten, weltmarktorientierten und den Privatsektor begünstigenden Strategie gemauert hat." Das klingt wie das Eigenlob eines Therapeuten, dessen Klient Fortschritte macht. Diese Fortschritte sind natürlich ganz im Sinne der EG selber, die ihrer eigenen Wirtschaft via "Unternehmenskooperation, Joint-ventures und institutionalisierte Kooperation beispielsweise bei den Normen" die Tür zum indischen Markt öffnen will. Wie gleichberechtigt die "Kooperation bei den Normen" und die Ausgestaltung der Joint-ventures sein wird, läßt sich angesichts des Druckes auf Indien im Zuge der GATT-Verhandlungen nur vermuten. Der Privatsektor ist es aus Sicht des ICN und auch indischer Regionalpolitiker nicht unbedingt, der zur Schaffung und Erhaltung von Millionen notwendiger Arbeitsplätze beigetragen hat oder in Zukunft eine Gewähr dafür bieten kann. Der überwiegend staatliche "Maharashtra Employment Guarantee Scheme" z.B.



Die Truppenstationierung in Kashmir macht schon 15 Prozent des jährlichen Verteidigungsbudgets aus (Foto: Meraj-Ud-Din)

hat dagegen bei allen Schwächen, die es noch enthält, beachtliche Erfolge bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen gerade auch für Frauen und andere sonst von der Privatwirtschaft vernachlässigte Gruppen erzielt. (siehe dazu 'Südasiens', 6/92). Problematische Aspekte der europäischen "Entwicklungshilfe" an Indien wie "Operation Flood", das größte europäische Entwicklungsprojekt (siehe 'Südasiens', 3-4/88), werden dagegen nicht angesprochen.

So scheinen sich eher die Befürchtungen von Natwar Singh (und anderer indischer Politiker) zu bestätigen, daß Indiens Selbstbewußtsein kleingehalten und erniedrigt wird, als das militärische Szenario von Johan Galtung: Weltwirtschaftlich erscheint Indien nach wie vor als Zwerg und "Klient" der EG oder der USA, und Galtungs Szenario, nach dem Indien das regionale Zentrum ist, um das halb Asien als Peripherie kreist, wirkt utopisch. Natürlich widersprechen sich beide Darstellungen nicht notwendigerweise, sondern sind eine Frage der Sichtweise.

Indien: "Die größte Demokratie der Welt"?

Indien gilt als "größte Demokratie der Welt", wobei die Größe sich auf die Einwohnerzahl von etwa 900 Millionen Menschen bezieht, und wohl weniger auf großartige demokratische Errungenschaften, deren sich Indien kaum brüsten kann. Zwar wird Indiens politisch-administratives System nach wie vor stark geprägt vom Parlamentarismus der ehemaligen britischen Kolonialherren; auch kann das Land auf eine höhere Beteiligung an Wahlen verweisen als beispielsweise die USA. Seine Identität als Staat bezieht Indien aber zweifellos eher aus dem Kampf gegen die Briten, einem Kampf, der auch ein Ringen um eigene politische Identitäten jenseits von Kolonialherrschaft und westlichen Demokratievorstellungen war. Es ist ja auch keineswegs selbstverständlich, daß sich in diesem fernen asiatischen Reich mit uralten eigenen kulturellen und politischen Traditionen ausgerechnet eine "Ideologie" durchsetzt, die ihre Wurzeln im antiken Griechenland hat, auch wenn demokratische Systeme nach westlichem Muster - oberflächlich betrachtet - sich weltweit als einzig legitime durchzusetzen scheinen.

Der als "Mahatma", die "große Seele" verehrte M.K. Gandhi symbolisierte immer auch nach außen die eigenen "indischen" Wertvorstellungen aus Dorfdemokratie ("panchayati raj"), Volksbildung und Genossenschaftswesen. Dennoch ist der Rückgriff auf alte kulturelle Werte für Indien heute nicht

mehr ausreichend, kaum noch zeitgemäß und trägt eher zur Verschleierung der tatsächlichen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse bei. Gerade der "Hindutva-Fundamentalismus" der 'Bharatiya Janatha Party' (BJP) und ihrer Kaderorganisationen zeigt mit seinen gewalttätigen Ausschreitungen, wie fatal es sein kann, wenn Menschen, die sich in ihrer kulturellen Identität und ihren materiellen Lebensgrundlagen gefährdet sehen, zu "alten Werten" zurückgreifen. (siehe dazu die Beiträge zum "Hindu-Fundamentalismus" in Südasiens, z.B.: 1-2/93).

Bei den kommunalistischen Unruhen in Indien handelt es sich nicht zuletzt auch um schärfer werdende Verteilungskämpfe in einem "enger" werdenden Subkontinent. Die größte "Ressource" Indiens, nämlich die 900 Millionen Menschen, im Zusammenhang mit "Bevölkerungsexplosion" nur als Problem zu sehen, wie es in den Papieren der EG anklingt - "Das rasche Bevölkerungswachstum stellt für Indien eines der größten wirtschaftlichen und politischen Probleme dar" heißt es in den "Hintergrundinformationen" - greift aber zu kurz. Das hohe Bevölkerungswachstum führt nicht nur zu einer geringeren Pro-Kopf-Verschuldung, wie es in einer Karikatur hintergründig heißt. Für die in ländlicher Armut lebenden Inder ist das Problem nicht das Bevölkerungswachstum, sondern ihre auf arbeitsplatzvernichtender "westlicher" Technologie und ungleicher Land- und Einkommensverteilung beruhende Armut.

Galtung macht dagegen deutlich, daß es für eine "Supermacht in spe" nicht auf ein hohes Pro-Kopf-Einkommen ankommt, sondern auf ein hohes absolutes Sozialprodukt, von dem militärische Aufrüstung finanziert werden kann. Und über ein hohes Sozialprodukt verfügt Indien durchaus (Bruttoinlandsprodukt 1990/91: 295 Milliarden US-Dollar, laut "Hintergrundinformationen"), eben weil es von 900 Millionen Menschen erwirtschaftet wird.

Aus geo-strategischer Sicht könnte sich das "rasche Bevölkerungswachstum" in Indien also sehr schnell zu einem Problem eher für Indiens Nachbarn oder auch für Europa entwickeln, auch wenn man nicht ideologisch einen "langen Marsch" prophezeit.

Kommunalismus in Indien - "Europa der Regionen"

Der Historiker und Imperialismusforscher Immanuel Wallerstein hat schon in den 1970-er Jahren historisch begründet, daß das europäische "Weltreich" der Habsburger unter Kaiser Karl V. im 16. Jahrhundert auseinanderfiel, weil es zu groß wurde und an seinen Rändern nicht

mehr zu halten war. Die zentrifugalen Kräfte, d.h. die Autonomiebestrebungen der Fürsten an den Rändern des Reiches, wurden so stark und unkontrollierbar, daß die zentripetalen, an den Kaiser bindenden Kräfte, nicht mehr ausreichten: Es mußte zu Unterdrückung und immer schärferer Kontrolle als Mittel gegen die separatistischen Bestrebungen gegriffen werden, die Auseinandersetzungen und Kriege verschlangen immer mehr Mittel: Das Reich geriet nicht nur in innen- und außenpolitische, sondern auch in eine Finanzkrise und zerfiel. Sind der Kommunalismus in Indien und die Widerstände gegen die Brüsseler Eurokraten Indizien dafür, daß auch Indien und die EU als Machtblöcke zu groß geworden sind?

Zwar ist Indien seit der Kolonialzeit nicht etwa gewachsen, sondern hat mit Pakistan und Bangladesh sogar noch Territorium verloren. Worauf es jedoch ankommt, ist, daß die zentripetalen Kräfte im Verhältnis zu den zentrifugalen relativ schwächer geworden sind. Das politische Zentrum Indiens ist in diesem Sinne New Delhi, und jegliche Bestrebungen aus anderen Unionsstaaten, die die Autorität der geschwächten Regierung Narasimha Rao gefährden, können als zentrifugal gelten und gefährden prinzipiell den Zusammenhalt der Indischen Union, auch wenn sie nicht ausdrücklich Autonomie anstreben. Augenblicklich erscheint es jedenfalls wahrscheinlicher, daß die Indische Union innerlich zusammenbricht, als daß sie zu einer den "Weltfrieden" akut gefährdenden militärischen Supermacht wird - daß sie Atommacht ist, dürfte als alleiniges Kriterium wohl nicht genügen.

Eine entgegengesetzte zentripetale also bindende Kraft kann man aber in der BJP zentral und straff organisierten "Hindu-Fundamentalismus" ausmachen. Hindi als Sprache und Hinduismus als Religion sind vielleicht die einzigen Kräfte, die noch geeignet sind, den inneren Zusammenhalt von Indien zu gewährleisten und ihm im Sinne von Galtung die "superpower legitimacy" zu verleihen. Die Wahlerfolge der BJP, der "Indischen Volkspartei" - von zwei Sitzen in der Lok Sabha 1984 auf 119 Sitze 1991 - weisen den Weg zu einem Hindu-Staat - zu einer "Hindu-Supermacht"? Ein äußeres Feindbild steht ja mit dem "islamischen" Pakistan schon zur Verfügung. Andererseits sehen politische Beobachter in Indien die BJP aufgrund ihrer desolaten Regierungspolitik in einigen nordindischen Bundesstaaten politisch schon wieder auf dem absteigenden Ast (siehe auch das folgende Interview).

Auch Europa hat Probleme mit seiner Einigung: Die Widerstände gegen die Entwicklung zu einer Europäischen Union, einem europäischen Bundesstaat,

lassen vermuten, daß die zentrifugalen Kräfte in Europa schon jetzt, vor der Verwirklichung der weitreichenden Pläne Delors' und seiner Kollegen, so stark sind, daß sie eine echte Europäische Union, die diesen Namen zu Recht trägt, verhindern können. Dänemarks 'nein' zu den Verträgen von Maastricht, die Turbulenzen bei der Währungspolitik, die Schwierigkeiten, die ökonomisch schwächeren südlichen EG-Mitglieder "bei der Stange zu halten" und das allgemein beklagte Demokratiedefizit in Brüssel bilden zunächst keine gute Grundlage für Europas Legitimation und Kapazität als Supermacht. Auch das Christentum wirkt in den eher säkularen, materialistischen europäischen Gesellschaften kaum als einigender Faktor. Dennoch scheint es ausgeschlossen, daß ein überwiegend islamisch geprägter Staat wie die Türkei Mitglied der EU oder der Westeuropäischen Union wird.

Perspektiven einer neuen Form der Zusammenarbeit

Um die Beziehungen zwischen Indien und der EU auf eine neue Grundlage zu stellen, sodaß Galtungen Schreckensvisionen keine Chance bekommen, die "Entwicklungszusammenarbeit" stattdessen besonders den Ärmsten zugute kommt, muß auf die demokratiedefizitären europäischen Institutionen öffentlicher Druck ausgeübt werden. Das Kooperationsabkommen mußte laut EG-Vertrag über die politische Zusammenarbeit im Parlament zur Stellungnahme vorliegen, Entscheidungskompetenz hatten die Parlamentarier aber nicht. Die Diskussion um das Abkommen muß in die breite europäische Öffentlichkeit getragen werden.

Als "Gegenmodell" schlägt das niederländische ICN einen "sustainable development contract" vor. Dr. Lal Jayawardena aus Sri Lanka, Direktor des Instituts für Entwicklungsländerforschung an der UN-Universität in Helsinki, ergänzt diesen Vorschlag insbesondere hinsichtlich Indien durch die Idee der Schaffung von dreiseitigen Abkommen zwischen dem "Entwicklungsland", dem "Geberland" und der UN. Zur Zeit mutet ein solcher Vorschlag bei der momentanen Schwäche der UN aber utopisch an.

Das ICN macht konkretere Vorschläge, deren Umsetzung allerdings auch auf nicht geringe Widerstände stoßen dürfte:

- Auf der einen Seite sollte die Europäische Union ihre Märkte grundsätzlich für Produkte aus Indien und anderen "Entwicklungsländern" weiter öffnen und insbesondere überkommene "freiwillige Selbstbeschränkungsab-

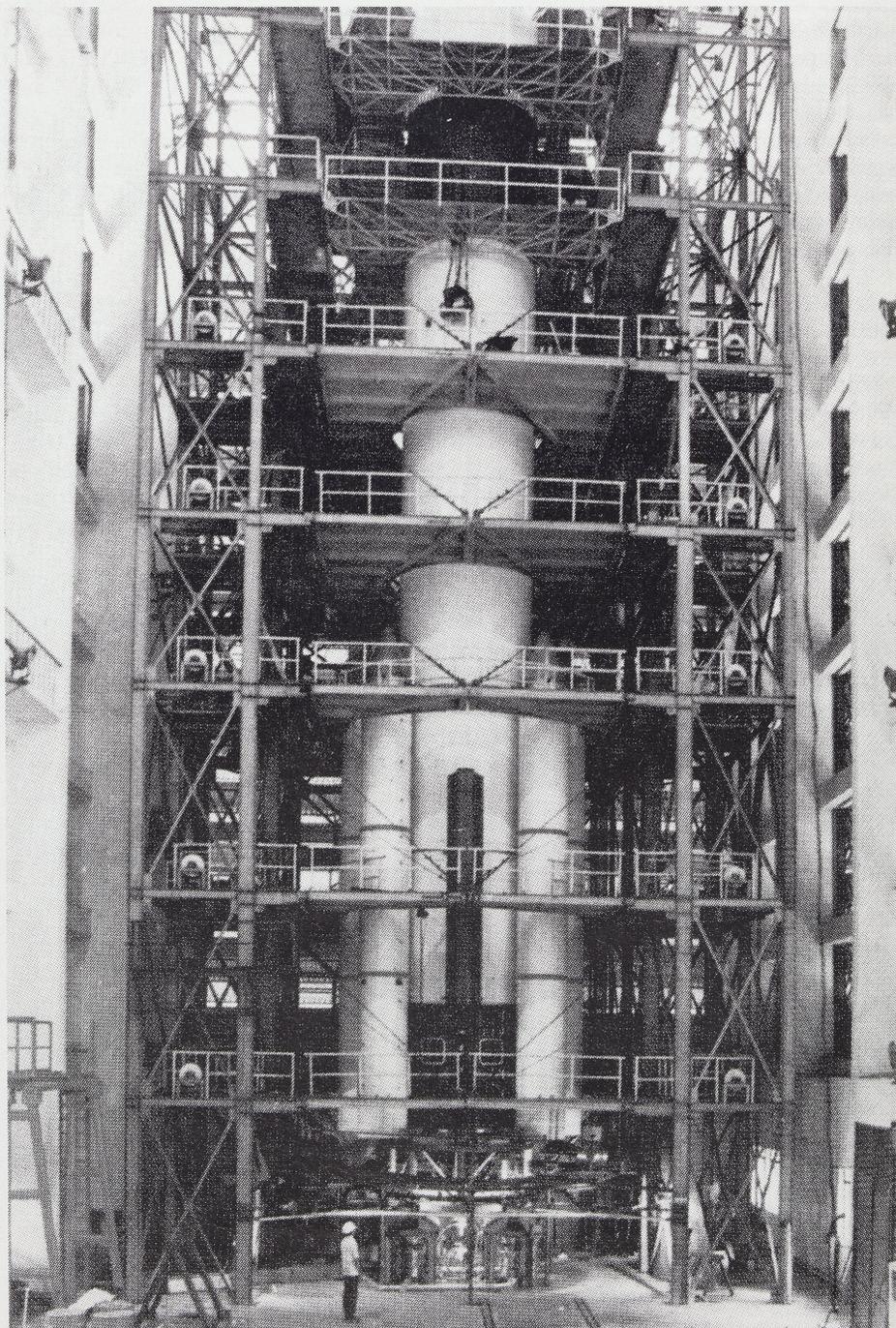
kommen" bei den Exporten wie das Multifaserabkommen auslaufen lassen.

- Andererseits sollte der Handel zwischen Indien und der EU jedoch mit einer Reihe von Mindeststandards verknüpft sein, um der Forderung nach der "Achtung der Menschenrechte" konkrete Konsequenzen folgen zu lassen. Die Konventionen der 'Internationalen Arbeitsorganisation' (ILO) bieten eine vorläufige Grundlage: Produkte, bei deren Herstellung die Konvention - insbesondere das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit - eingehalten wurden, sollten bevorzugt, andere möglichst gar nicht importiert werden.

- In die gleiche Richtung - allerdings eher auf UN- als auf EU-Ebene - zielt

der Vorschlag zur Schaffung eines 'Allgemeinen Handels-Präferenz-Systems' (GSP) zugunsten von Entwicklungsländern wie Indien. Besonders in der nach wie vor stark protektionierten EU-Agrarpolitik, aber auch in anderen für die EU "sensiblen" Sektoren wie Forschung und Technologie, muß sich noch einiges ändern, damit Indien "angemessenen" Zugang sowohl zu den europäischen Märkten wie auch zu westlichen Technologien erhält und nicht von europäischen Agrarindustrie-Überschüssen überschwemmt wird.

- Auch bei der Durchsetzung ökologischer Standards, beispielsweise im GATT, könnte ein "sustainable development contract" zwischen Indien und



In den Bereichen Forschung und Technologie muß sich noch einiges ändern, damit Indien Zugang sowohl zu den europäischen Märkten als auch zu westlichen Technologien erhält (Foto: 'Frontline')

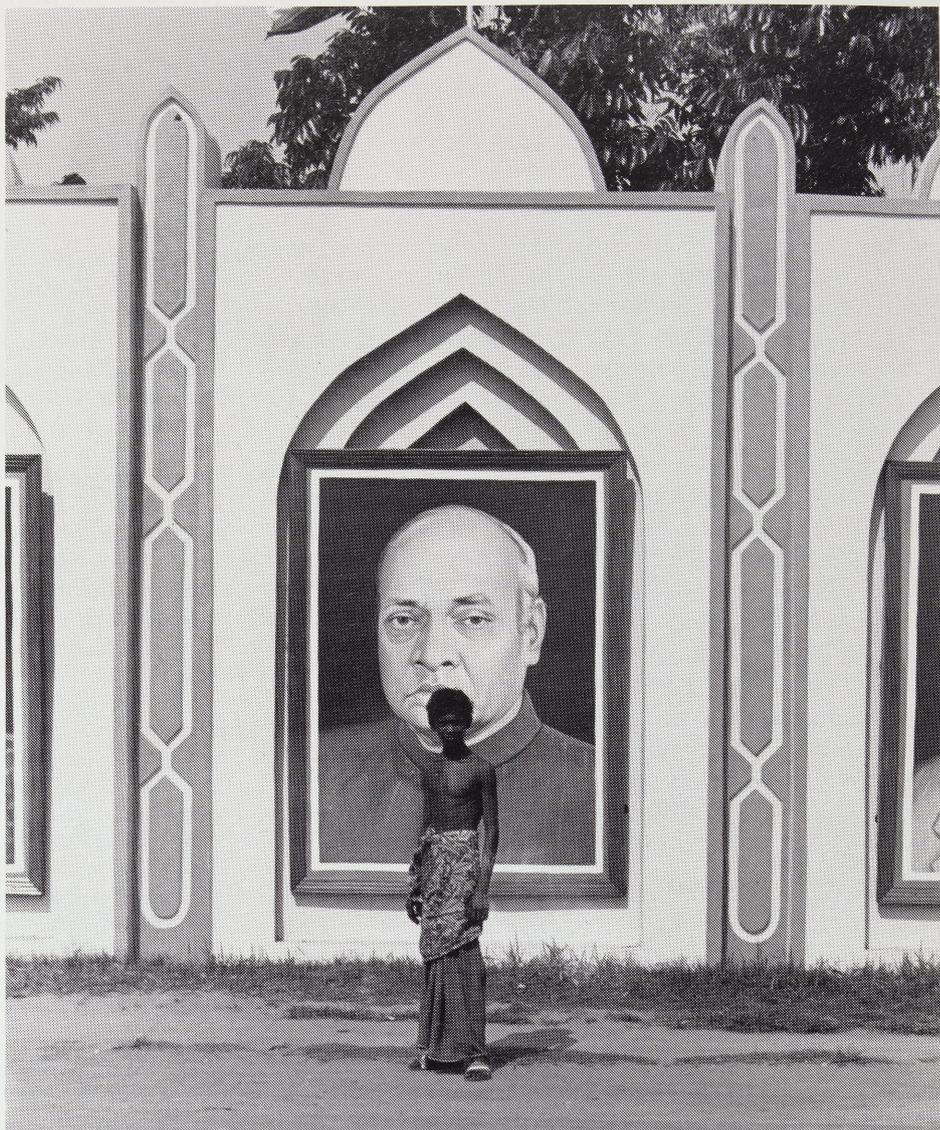
der EU eine Vorreiterrolle spielen. Wenn aber gleiche Maßstäbe angelegt würden, dürfte es der EU sicherlich schwer fallen, den europäischen Pro-Kopf-Ausstoß z.B. an Kohlendioxid auf das indische Maß zu senken!

Auf der anderen Seite ist die Reihe der Beispiele lang, in denen Indien absolute ökologische und arbeitsrechtliche Mindeststandards bei der Produktion mißachtet. So werden bei der Gerbung von - mit falschen Ursprungslandzeugnissen umdeklarierten - Lederartikeln wie Schuhen indische Flüsse mit Chrom verseucht und die Arbeiter erheblich gesundheitlich geschädigt. Auf die Kinderarbeit in der Teppichindustrie braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. (siehe 'Südasiens' 4/93 und 8/93)

SAARC als Motor für regionale Kooperation in Südasiens?

Mittelfristig wäre es sicherlich notwendig, bindende langfristige "sustainable development contracts" mit allen Staaten Südasiens einzugehen. Sobald sie zu einer stärker institutionalisierten politischen Zusammenarbeit gefunden hat, böte sich gerade die 'Südasiatische Staatengemeinschaft' (SAARC) für solche Kontrakte an. Bisher sind aber sowohl EU als auch SAARC offenbar noch zu sehr mit internen politischen (und ökonomischen) Problemen beschäftigt, um solche langfristigen Strategien ins Auge zu fassen.

Der südostasiatische Zusammenschluß ASEAN wird oft als Beispiel für gelungene regionale Kooperation zwischen "Entwicklungsländern" angeführt. Tatsächlich gibt es eine Reihe von Beispielen für erfolgreiche Verhandlungen der ASEAN mit Japan, den USA oder der EG. Das Beispiel ASEAN zeigt, daß eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche regionale Kooperation offenbar der Widerstand gegen äußeren wirtschaftlichen Druck, gewissermaßen ein ökonomisches Feindbild, ist. Für die SAARC-Mitgliedsstaaten ist ein solcher äußerer Druck aber noch nicht deutlich spürbar: Auf dem Weltmarkt treten sie - noch - kaum als ernstzunehmender Konkurrent in Erscheinung, müssen sich also auch nicht für einen Handelskrieg mit USA oder EU rüsten. Die wirtschaftlichen Kooperationsanreize sind auch intra-regional eher gering: Der Handel unter den SAARC-Staaten ist mit 2,5 Prozent des gesamten Außenhandels der Region vernachlässigbar, und auch eine Freihandelszone wie ASEAN verspricht kaum intra-regionale Handelsausweitung, da die südasiatischen Staaten weitgehend die gleichen oder sehr ähnliche Produkte exportieren. Auch die zweite Voraussetzung für erfolgreiche regionale Zusammenarbeit, eine gleichmäßige



Die Außenpolitik der Regierung Narasimha Rao und Indiens Beziehungen zum "Rest der Welt" sind durch eine Reihe von Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet und werfen Fragen nach der zukünftigen Entwicklung auf (Foto: Walter Keller)

Verteilung etwaiger Gewinne aus der Wirtschaftszusammenarbeit, ist in Südasiens nicht gesichert. Im Gegenteil: Die Nachbarstaaten fühlen sich vom "Riesen" Indien chronisch übervorteilt, Indien sieht sich dagegen in der Zange genommen, zumal wenn Nepal sich an China annähert und Pakistan Unterstützung bei den USA sucht.

Das Ende des "kalten Krieges" hat die Lage wiederum verändert, sodaß deutsche Regierungskreise die EU-Außenpolitik zur Lösung des Kaschmirkonfliktes bemühen wollen, seit die Sowjetunion und die USA als ehemalige Verbündete von Indien bzw. Pakistan nicht mehr mäßigend eingreifen.

Doch welches Interesse sollte die EU an einer verstärkten Zusammenarbeit mit Indien (oder mit der SAARC) haben, sei es auf der Basis eines "Sustainable Development Contract" oder durch ein Engagement der gemeinsamen europäischen Außenpolitik beispielsweise im Kash-

mirkonflikt? Es dürfte deutlich geworden sein, daß das Interesse auf drei Ebenen besteht:

In erster Linie ökonomisch: Die Wirtschaftsreformen und Öffnungen der indischen Märkte eröffnen in näherer Zukunft große Möglichkeiten für europäische Investitionen und Absatzmärkte.

Zum zweiten könnte Europa auch auf der politischen Ebene von den Erfahrungen Indiens mit "Demokratie" und politischem Krisenmanagement, Kommunismus etc. profitieren, insbesondere hinsichtlich der Umbrüche in Zentral-/Osteuropa und der Jugoslawien-Krise.

Zum dritten zeigt besonders der Golfkrieg, daß Indiens Rolle auch geopolitisch nicht unterschätzt werden darf, beispielsweise als Ausgangspunkt für die "Verteidigung der eigenen Interessen" im Nahen und Mittleren Osten, wie sie nicht nur in den USA, sondern auch in der deutschen Außenpolitik neuerdings zur Sprache gebracht wird.